

**Antrag 146/I/2018****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Deutschland braucht ein Paritätsgesetz**

1 In der aktuellen Legislaturperiode des Deutschen Bundes-  
2 tags muss für die Wahlen zum Bundestag ein verfassungs-  
3 konformes Paritätsgesetz auf den Weg gebracht werden.  
4 Hierzu ist das Wahlgesetz dahingehend zu ändern, dass  
5 sich die geschlechterparitätische Verteilung der Bevölke-  
6 rung im Deutschland Bundestag widerspiegelt.

7  
8 Fast 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist  
9 Gleichberechtigung in der Politik nur mit verbindlichen  
10 gesetzlichen Regelungen – wie einem Paritätsgesetz –  
11 machbar. Deshalb wird die SPD-Bundestagsfraktion auf-  
12 gefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu erar-  
13 beiten und in den Deutschen Bundestag einzubringen.

14

**15 Begründung**

16 Seit Oktober 2017 beträgt der Frauenanteil im Deutschen  
17 Bundestag nur noch 30,9%. Dieser Anteil wurde zuletzt in  
18 der 14. Wahlperiode (1998-2002) erreicht.

19

20 Ein zentraler Grund für die anhaltende Unterrepräsentanz  
21 von Frauen ist die Nominierungspraxis der Parteien. Der  
22 Anteil von Frauen an den Listen- wie Direktkandidaturen  
23 ist deutlich niedriger als derjenige der Männer.

24

25 Die strukturelle Bevorzugung von Männern in der Politik  
26 – allen voran die Nominierungspraxis der Parteien – kann  
27 nur durch gesetzliche Regelungen ausgeglichen werden.  
28 Eine paritätische Besetzung der Wahllisten, wie sie et-  
29 wa in Frankreich seit 2001 erfolgreich praktiziert wird, ist  
30 ein sehr effektives Instrument um die Repräsentation von  
31 Frauen in der Politik zu sichern. Dort werden nicht pari-  
32 tätisch besetzte Wahllisten als nicht gesetzeskonform zu-  
33 rückgewiesen.

34

35 Der einfachste Ansatz für mehr Frauen in den Parlamen-  
36 ten wären konsequente innerparteiliche Quotenregelun-  
37 gen. Diese fehlen jedoch bis heute bei CSU, FDP sowie  
38 AfD. Daher sind anderweitige Maßnahmen dringend er-  
39 forderlich um die Geschlechterverhältnisse angemessen  
40 im Deutschen Bundestag abzubilden.

41 Es liegt in der Verantwortung der Politik als Gesetzgeber  
42 entsprechende Regelungen zu finden. Denn eine faire, de-  
43 mokratische Teilhabe und Chancengleichheit für Frauen  
44 ist verfassungsrechtlich vorgeschrieben und kein Luxus.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In der aktuellen Legislaturperiode des Deutschen Bundes-  
tags muss für die Wahlen zum Bundestag ein verfassungs-  
konformes Paritätsgesetz auf den Weg gebracht werden.  
**Unser Ziel ist die geschlechterparitätische Verteilung der**  
Bevölkerung im Deutschen Bundestag.